



**Historischer Verein für Mittelbaden
Mitgliedergruppe Schiltach/Schenkenzell e.V.**



www.geschichte-schiltach-schenkenzell.de

Vor 90 Jahren: Kommunisten im Visier des Nationalsozialismus

Von Hans Harter

Als die Leute am Sonntag, 5. März 1933, auf den Hohensteiner Felsen unterhalb Schiltach blickten, trauten sie ihren Augen nicht: An der mehr als 100 Meter hohen Felswand prangten in weißer Farbe ein Hammer und eine Sichel, die Symbole der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Sie waren in der vergangenen Nacht aufgemalt worden, in einem offenkundig halsbrecherischen Unternehmen unter Einsatz bergsteigerischer Mittel.

Doch war die Aktion hochpolitisch: Kurz zuvor, am 28. Februar 1933, hatte die Regierung Adolf Hitlers die KPD verboten, sodass politische Arbeit für sie jetzt als „staatsfeindlich“ galt. Zum anderen fanden genau an jenem 5. März Reichstagswahlen statt, von denen Hitler eine absolute Mehrheit für seine Nationalsozialisten (NSDAP) erwartete.

Schon am 1./2. März waren in Lehengericht, Haslach, Hausach und Hornberg zwölf „kommunistische Führer wegen Vorbereitung terroristischer Umtriebe“ verhaftet worden, und so waren Hammer und Sichel am Hohenstein wohl eine Solidaritätsbekundung. Vielleicht sollten sie aber auch weiter wirken: Als Protest und Warnung vor den Nazis, die politische Gegner verfolgten und sich anschickten, die Alleinherrschaft zu errichten.

Ob dies bei den Wählern ankam? Das Ergebnis des 5. März lässt es mindestens zum Teil vermuten: Während in Schiltach 513 Wähler für die NSDAP stimmten (= 40,7%; in ganz Deutschland: 43,9%), erhielt die KPD, die noch auf den Wahlzetteln stand, hier 136 Stimmen (= 10,7%), trotz Verbots und Verfolgung.

Die bereits gelenkte Presse, so der „Kinzigtaler“, brachte davon nichts. Von Schiltach las man nur, dass „der Wahlsonntag in Ruhe verlief“. Doch glühten die Drähte im Hintergrund: Ein Handwerker sollte die „Schmierereien“ beseitigen, die Polizei nahm Ermittlungen auf. Es gab fünf Verhaftungen: Die großteils arbeitslosen Schiltacher bzw. Lehengerichter KPD-Mitglieder Gustav Dieterle, Josef Schmieder, Gottlieb Mast und Mathias Bühler sowie der Sägearbeiter Johann Quillmann. Er stammte aus Frankfurt, wo er die Ölfarbe besorgt hatte. Sie kamen in Polizeigewahrsam, danach zur „Schutzhaft“ ins Konzentrationslager Ankenbuck (Brigachtal), zwecks „Umerziehung“, wie es hieß.



Fotomontage: D. Rahlfs (2023).

Dort trafen sie auf Häftlinge aus ganz Baden, Kommunisten und Sozialdemokraten, mit denen die Nazis jetzt als ihren hauptsächlichen politischen Gegnern „abrechneten“. Im Juli 1933 waren es 120 Mann, von SA-Leuten bewacht und mit Waffen bedroht. Werktags wurden sie zu harter, zehnstündiger Zwangsarbeit im Straßenbau und Steinbruch kommandiert, unter Bedingungen, die ein Häftling als „Antreiberei und Schikaniererei“ beschrieb. Das Essen war dürftig, medizinische Versorgung kaum vorhanden, geschlafen wurde in großen Sälen, in die sie eingesperrt waren. Besuch war nicht erlaubt, der Briefverkehr zensiert. Es gab keinerlei Rechtsbeistand, dagegen bewusst eingesetzte Willkür, Schinderei und Quälerei, die ihren Willen brechen und sie gefügig machen sollten: Ein wahrer Leidensort für die Nazi-Gegner!

Von Gustav Dieterle (1905–1990) ist bekannt, dass er nach mehreren Monaten „Schutzhaft“ am 9. August 1933 „beurlaubt“ wurde. Doch hatte er sich täglich bei der Polizei zu melden und bekam jede politische Tätigkeit sowie den Umgang mit den früheren Genossen verboten. Die „endgültige Entlassung“ erfolgte am 22. Dezember 1933. Später, als drei von ihnen im „alten Spittel“ wohnten, trafen sie sich, wie familiär berichtet wird, dennoch heimlich nachts in den Küchen. Im Krieg geriet Dieterle in russische Gefangenschaft. Bürgermeister Gottlieb Trautwein, der sich 1946 für ihn einsetzte, nannte ihn respektvoll „einen von den Nazis Verfolgten“.

*Dieser Bericht erschien erstmals am 20.09.2023 im „Schwarzwälder Bote“
und am 07.12.2023 im „Offenburger Tageblatt“*